

Haushaltsrede von Dr. Wolf-Dieter Winkler

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ziel kommunaler Investitionen ist es, die Lebensbedingungen der Stadtbewohner auf dem erreichten Niveau zu halten oder zu verbessern. Aber man sollte bei Investitionsentscheidungen immer auch das globale Wohl im Blick behalten und zu verbessern trachten. In einer kommunalen Haushaltsrede darauf hinzuweisen, man möge doch bitte schön die Weltsituation bei seinen Entscheidungen mit berücksichtigen, wäre vor wenigen Jahrzehnten völlig abwegig gewesen. Aber angesichts der heutigen weltweiten Probleme, insbesondere des Klimawandels mit den daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen, wäre es sträflich, wenn man diese Entwicklungen nicht auch auf kommunaler Ebene mit im Blick hätte und so täte, als könne unser aller Leben weitergehen wie bisher.

Betrachten wir aber erst mal die Investitionen, die keine nachteiligen Außenwirkungen haben.

Da sollten zunächst die Reinvestitionen in die Infrastruktur im Vordergrund stehen, also beispielsweise die Sanierung von maroden Gebäuden, Ingenieurbauwerken oder Verkehrswegen. Diese Investitionen sind kommunale Pflichtaufgaben! Pflichtaufgaben schon deswegen, weil sich bei Nichtstun deren Zustand rapide verschlechtern und spätere Sanierungen um so teurer würden.

Oberste Priorität hat dabei für uns die weitere Sanierung von Schulen. Am Samstag konnten sich die BZ-Leser nochmals ein Bild davon machen, wie untragbar die Situation in vielen Schulen ist. Hier warten Sanierungsarbeiten von mindestens 300 Mio. € auf die Abarbeitung. Dazu gehört aber auch, ausreichende Räumlichkeiten für die Schüler zur Verfügung zu stellen. Völlig unverständlich ist daher, wenn Räumlichkeiten vorhanden sind wie im Lycée Turenne, diese aber schon seit 20 Jahren vor sich hingammeln, während gleichzeitig die Emil-Thoma-Schulen und das Walter-Eucken-Gymnasium dringend Räume benötigen. Das ist den Schülern und dem Lehrpersonal gegenüber rücksichtslos. Bei jeder Gelegenheit wird daraufhin gewiesen, dass man wegen der niedrigen Zinsen jetzt investieren muss. Es ist höchste Zeit, dass wir endlich diesen Stachel im Fleisch der Wiehre beseitigen. Wir haben, liebe Kollegen, diesen Punkt strittig gestellt, um Ihnen Gelegenheit zu geben, die Sanierung doch noch in diesem Doppelhaushalt anzugehen.

Bei den Schulsport- und Mehrzweckhallen sind sechs Hallen in einem so schlechten Zustand, dass eine Generalsanierung bzw. Abriss und Neubau geboten sind. Ihre Sanierung wird auf 25 Mio. € geschätzt. Jedes zweite Ingenieurbauwerk der Stadt ist in einem desolaten Zustand. Der Investitionsbedarf bei den dringendsten Arbeiten liegt bei ca. 31 Mio. €.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Verkehrswegen. Im Jahr 2010 wurde ein Erhaltungsbedarf von als kritisch oder gar als sehr schlecht bezeichneten Straßen von 55 Mio. € ermittelt. Seither wird vom GuT eher eine Verschlechterung der Situation beobachtet. Allein der erforderliche Finanzbedarf für die Straßenunterhaltung beträgt nach den offiziellen Kennzahlen für Freiburg rund 8 Mio. € pro Jahr.

Mit den zunächst veranschlagten Kleinbeträgen von 1,4 Mio. € bei den Ingenieurbauwerken und 1,8 Mio. € bei den Verkehrswegen kann der Werteverzehr nicht ansatzweise aufgehalten werden. Rechnet man die Ausgaben für die zwingend zu sanierenden Hallen, Ingenieurbauwerke und Verkehrswege zusammen, so kommt man auf 111 Mio. €. Unsere Fraktion ist der Überzeugung, dass alle Sanierungsmaßnahmen eigentlich innerhalb von 5 Jahren durchgeführt werden sollten. Dazu müssten wir jährlich mindestens 20 Mio. € zur Verfügung stellen. Bei den Schulen sollten wir jährlich 60 Mio. € bereitstellen, um in etwa 5 Jahren alle soweit zu haben, dass man in ihnen wieder anständig arbeiten kann.

Wir werden daher alle Anträge mit dem Ziel höherer Sanierungsbeträge unterstützen, auch wenn wir die beantragten Gelder - wie beispielsweise die jährlich zusätzlichen 5 Mio. € in den Änderungslisten der Verwaltung - für viel zu niedrig halten.

Und künftig muss endlich von vornherein jährlich soviel Geld bereitgestellt werden, dass der Werteverzehr ausgeglichen wird. Da wird uns hoffentlich auch die Doppik helfen, in der anders als bei der Kameralistik künftig die Abschreibungen mitberücksichtigt werden müssen.

Für keine Pflichtaufgabe, aber für eine wichtige Kuraufgabe halten wir die Unterstützung der vielen kulturellen, sportlichen und sozialen Initiativen. Sie sind nicht zwingend notwendig, aber wir würden auf die meisten nur ungern verzichten wollen, einfach weil sie entscheidend zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen. So unterstützt meine Fraktion in unserer medienbestimmten Zeit beispielsweise alles, was Kinder und Jugendliche vom Bildschirm wegholt und sie ermuntert, körperlich aktiv zu werden. Daher haben wir unsere zunächst ablehnende Haltung zur zweiten Ausbaustufe des Skateparks im Dietenbach aufgegeben und werden seine Realisierung in der 3. Lesung unterstützen. Aus denselben Gründen machen wir uns für die Sanierung des Freibades West oder eine finanzielle Unterstützung der Sportvereine stark. Der Skatepark kostet 200 T€, ein Kunstrasenplatz 500 T€. Von beiden profitieren jeweils mehrere hundert Kinder und Jugendliche. Das Freibad West, das einen Einzugsbereich von rund 60.000 Menschen im Freiburger Westen hat, ist für einen mittleren einstelligen Millionenbetrag zu haben. Selbst wenn wir alle interessierten Sportvereine mit einem Kunstrasenplatz ausstatten, das Westbad und den Skatepark bauen würden, wären alle diese Investitionen zusammen günstiger zu haben als die erste Version des Stadtjubiläums in Höhe von 9 Mio. €. Das wäre eine Ausgabe für gerade mal ein Jahr gewesen. Das muss man sich mal klarmachen.

Stellt sich die Frage, woher das Geld insbesondere für all die Sanierungen nehmen? Zumal wir ja noch eine Reihe von Großbauvorhaben am Laufen haben wie die Sanierung des Augustiner-Museums, den Umbau des Rotteckrings, die Erweiterung der Feuerwache zur Rettungsleitstelle und den Bau des Verwaltungszentrums, um nur die wichtigsten zu nennen.

Was dabei in unseren Augen völlig indiskutabel ist, ist eine Erhöhung der Gewerbesteuer in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen. Es wird höchste Zeit zu lernen, nur so viel Geld auszugeben, wie man einnimmt. Wenn man dazu unfähig ist und sich dann der Einfachheit halber an den Geldtöpfen derjenigen noch weiter bedienen will, die durch ihre Arbeit ohnehin schon für enorme finanzielle Zuwächse sorgen, dann ist das einfach unanständig. Wir werden einer Erhöhung der Hebesätze nicht zustimmen.

Nein, solange die genannten Großprojekte noch nicht abgeschlossen sind, bleibt uns bis zum Erreichen eines Gleichgewichtszustandes zwischen Werteverzehr einerseits und Reinvestition andererseits nichts anderes übrig, als für einige Jahre nochmals Schulden zu machen.

Das heißt für uns aber auch, dass wir bis zum Erreichen dieses Gleichgewichtszustandes aufhören müssen, weitere Großprojekte zu beginnen, um nicht wieder in eine Schuldenspirale zu geraten. Und hier komme ich nun auf die eingangs bereits erwähnten geplanten Investitionen zu sprechen, die für die meisten Bürger Freiburgs, aber auch global betrachtet nachteilige Auswirkungen haben. Das heißt beispielsweise angesichts eines Sanierungsstaus von rund 400 Mio. € Verzicht auf einen neuen Stadtteil Dietenbach, dessen Finanzierungskonzept auf äußerst tönernen Füßen steht. Die ungedeckten Kosten von 154 Mio. € können auch nicht durch sogenannte Optimierungen schön gerechnet werden. Als Beispiel will ich nochmals die Struktur der geplanten Schule herausgreifen, die aus Kostengründen nur vierzünftig ausfallen soll, obwohl die Vertiefungsstudie zu Dietenbach Sechszügigkeit vorgibt. Wenn man sich klarmacht, dass dieser Stadtteil in erster Linie für Familien mit Kindern gebaut werden soll –

denn die möchte man ja in der Stadt halten - und geht man weiter davon aus, dass aus Kostengründen und um mehr Wohnraum zu schaffen, die Häuser höher als bisher geplant gebaut werden sollen, und die künftige Bewohnerzahl damit weit über den 12.500 liegen würde, dann kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass man selbst mit Sechszügigkeit am unteren Anschlag sein dürfte.

Wir müssen aber auch sowohl aus regionalen als auch aus globalen ökologischen Erwägungen heraus aufhören, unsere natürlichen Ressourcen, unsere Grünflächen und Ackerland zu vernichten. In den letzten 50 Jahren wurden in Freiburg Natur- und Landschaftsräume im Schnelldurchlauf versiegelt. Auf landwirtschaftlichen und forstlichen Flächen entstanden die Stadtteile Weingarten, Landwasser und Rieselfeld, Betzenhausen und der Stühlinger wuchsen zusammen, Zinklern soll bebaut werden, um nur einige der größten Flächeninanspruchnahmen zu nennen. Fakt ist, dass sich weltweit die Spezies Mensch auf Kosten vieler Millionen Tier- und Pflanzenarten rücksichtslos ausbreitet und diese mehr und mehr ausrottet. Natürlich ist es leichter auf landwirtschaftlichen Flächen, im Mooswald, auf Dreisamauen oder Kleingärten Wohngebiete auszuweisen, als sich im Klein-Klein von Zweckentfremdung, Leerstand, Umzugsmanagement, Verlängerung von Sozialbindungen usw. betätigen zu müssen. Aber Freiburg hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger konsequent weltweit den Ruf einer ökologischen Vorzeigestadt erarbeitet. Es wäre daher nur folgerichtig, wenn es seinem weltweiten Ruf auch beim Flächenverbrauch endlich gerecht würde.

Und der Erhalt von landwirtschaftlichen Böden dient auch der Daseinsvorsorge. Seit etwa zwei Jahren ist auch für uns Europäer die Welt nicht mehr die, die sie scheinbar zuvor war. Wir wissen nicht, wie sich die Weltlage in ein paar Jahren, in ein paar Monaten oder gar schon morgen entwickelt. Aber wir sollten einigermaßen auf globale Krisen vorbereitet sein. Da sind warnende Stimmen besorgniserregend, dass Deutschland nicht mehr in der Lage ist, seine Bevölkerung von den verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen zu ernähren. Es ist daher um so wichtiger, diese Flächen zu erhalten und nicht mit Wohnungen zuzubauen, die sich in erster Linie nur reiche Neubürger leisten können. Der Erhalt unserer Grünflächen ist eine Investition in die Zukunft! Und, meine Damen und Herren, wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt und lieber Leuten folgt, welche die diesbezüglichen eindringlichen Mahnungen aus den Umweltverbänden und der Universität beispielsweise als „von großer Schlichtheit und Unkenntnis“ diffamieren, für den gilt die von immer mehr Wissenschaftlern vertretene Meinung, in einer Abwandlung des Spruches von Gorbatschow: „Wer zu spät handelt, der wird durch die Vernichtung der Zivilisation, möglicherweise sogar der Menschheit bestraft werden!“

Seit vielen Jahren steht bei den Einsparvorschlägen im Beteiligungshaushalt die FWTM an erster Stelle. Natürlich brauchen wir die FWTM zum Betrieb des Konzerthauses oder der Messe. Aber ist es angesichts der Größe Freiburgs wirklich sinnvoll, sich auch auf Messen in Shanghai oder San Francisco zu betätigen? Ist es sinnvoll, sich weiter um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu bemühen, während Freiburg aus allen Nähten platzt? Wieso gibt es immer wieder massive Kritik beispielsweise der Einzelhändler oder der Marktbeschicker an ihrem Ansprechpartner FWTM? Kann es sein, dass die FWTM angesichts ihrer scheinbaren weltweiten Wichtigkeit ihre Aufgaben zu Hause vernachlässigt? Auch wir sind daher der Meinung, dass die FWTM mit ihren über 120 Mitarbeitern auf den Prüfstand gestellt gehört. Möglicherweise macht sie gute Arbeit und die Kritik, die immer wieder geäußert wird, ist ungerechtfertigt. Wir können es nicht abschließend beurteilen.

Wie bei der Quartiersarbeit sollte auch bei der FWTM eine Organisationsuntersuchung und Aufgabenkritik durchgeführt werden. Einfach um zu evaluieren, ob ihre Aufgaben, Tätigkeiten und Ziele noch zeitgemäß sind, ob Aufgaben unzureichend wahrgenommen werden oder ob Aufgaben auch entfallen können. Schließlich ist die FWTM mit ihrem Millionendefizit einer der größten Zuschussempfänger der Stadt.

Für völlig fehlaufgestellt halten wir die Prioritäten im Baudezernat. Der Baubürgermeister wird nicht müde darauf hinzuweisen, wir würden in der Stadt ein großes Rad drehen. Aber schauen wir mal auf das tägliche Geschäft. Wie eben erwähnt, wird eine Bugwelle an Sanierungsaufgaben von über 400 Mio. €, bei den Schulen, Hallen, Ingenieurbauwerken und Straßen vor sich hergeschoben. Die Sanierung des Wentzinger Gymnasiums liest sich wie ein Stück aus dem Tollhaus mit seinen Pleiten, Pech und Pannen. Die Fertigstellung des Neuen Verwaltungszentrums wird zum vierten Mal neu terminiert. Absichtliche Baumbeschädigungen oder gar illegale Baumfällungen sind mangels geeigneter Auflagen und Sanktionen an der Tagesordnung. Bauherren sind über lange Bearbeitungszeiten ihrer Bauanträge verärgert. Freiburg verliert ein erhaltenswertes Haus nach dem andern, weil unfähige Architekten und profitorientierte Eigentümer und Bauträger die Nichtsanierbarkeit der Gebäude unwidersprochen festlegen. Es gibt keine Gestaltungssatzungen, um den Wildwuchs einzudämmen.

Diese unvollständige Aufzählung möchten wir nicht als Kritik an den Mitarbeitern im Baudezernat verstanden wissen. Sondern sie zeigt, dass im täglichen Geschäft zu wenige Mitarbeiter zu viele Aufgaben haben.

Auf der anderen Seite werden ständig neue Bauvorhaben auf den Weg gebracht. Dies ist einer der Gründe, warum das Stadtplanungsamt nach Aussage seines Amtsleiters keine Gestaltungssatzungen erarbeiten kann. Stattdessen will man zeigen, dass man durch die Entwicklung eines Perspektivplans Freiburg für die nächsten Jahrzehnte gut aufstellt. Da werden allen Ernstes hochbezahlte Stadtplaner in einer Projektgruppe Wohnen damit beauftragt, Bauflächen ausfindig zu machen; und oh Wunder, sie finden welche im Mooswald, auf den Dreisamauen und in den Kleingartenanlagen - auf den Naherholungsflächen der Freiburger. Und dann wird auch noch treuherzig behauptet, diese Flächen seien aus dem Perspektivplan entwickelt worden. Welche Aufbruchstimmung herrschte bei den ersten Perspektivplan-Veranstaltungen. Und welche Ernüchterung folgte! Fast alle Teilnehmer sagen inzwischen resigniert, der Perspektivplan diene nur dazu Bauflächen zu akquirieren. Eine Zerstörung von Naherholungs- und landwirtschaftlichen Flächen ist keine Perspektive, die sich der Großteil der Freiburger wünscht. Dieser Perspektivplan ist ein Flopp! Die Perspektivplaner und vor allem die ProWo vergiften mit ihren zerstörerischen Plänen inzwischen massiv das Klima in der Stadtgesellschaft. Wir halten diese Planer mit ihren Plastikwortschöpfungen wie „kapern“, „säumen“, „identitätsstiftende Parks“, „lebendige Ränder“ und anderen Kreationen für völlig verzichtbar. Wir brauchen mehr Mitarbeiter im Tagesgeschäft, aber keine „Wolkenkuckucksheimer“.

Nein, da wird kein großes Rad gedreht, sondern mit der jetzigen Baupolitik kommt Freiburg unter die Räder! Die Quintessenz dieses Exkurses in das Baudezernat ist unsere Forderung nach Auflösung der Projektgruppe Wohnen und die Stadtplanung darauf zu trimmen, dass der Perspektivplan das wird, was er eigentlich sein soll: eine positive Perspektive mit Weitblick und Verantwortungsbewusstsein, wie sich Freiburg künftig entwickeln soll. Wir werden daher den Vorlagen zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und zur Entwicklung der Planstellen nicht zustimmen, da im Gegensatz zu unserem Wunsch nach Abschaffung nochmals 12 weitere Stellen für Perspektivplan und ProWo vorgesehen sind.

Unsere Fraktion will, dass Freiburg mit diesem Doppelhaushalt lebenswerter wird!